

## Länderfinanzausgleich

# Und täglich grüßt das Murmeltier...

*In unschöner Regelmäßigkeit verkünden bayrische und hessische Regierungsvertreter, mit dem für ihre Länder ungerechten Länderfinanzausgleich (LFA) müsse endlich Schluss sein, sonst würden sie vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Eine Drohung, der die Nehmerländer gelassen entgegensehen. Auch meine Kollegen Söder und Schäfer wissen natürlich, dass der aktuelle Finanzausgleich bis 2019 gilt und von Bayern und Hessen mitbeschlossen wurde. Er ist Grundlage für die von Bund und Ländern gemeinsam vereinbarte Schuldenbremse. Aber auf der Stammtischebene machen sich Attacken gegen Schwächere immer gut. Dass die Karlsruher Richter Bremen bescheinigt haben, ohne eigenes Verschulden in die extreme Haushaltsnotlage geraten zu sein, wird von den Südländern gern ausgeblendet.*

*Der LFA soll die unterschiedliche Finanzkraft der einzelnen Länder angemessen ausgleichen. Ein solidarischer Akt, der von der Steuerverteilung begünstigte Länder verpflichtet, finanzschwachen Ländern zu helfen. Eine Regelung, von der im Übrigen auch Bayern lange Zeit profitierte. Die Bilanz der Jahre 2000-2010 zeigt:*

- *Der LFA ist ein Ausgleich mit rückläufigem Gesamtvolumen – kein gewaltiger Umverteilungsmechanismus. 2010 betrug er 3,3% der gesamten Steuereinnahmen aller Länder (2000 waren es 4,4%).*
- *Der Anteil des Umsatzsteuerausgleichs und des LFAs am Bruttoinlandsprodukt ist gesunken.*

- *Die letzte Reform des LFAs hat die Einnahmen, die in den Ländern bei Steuermehreinnahmen verbleiben, erhöht. Vor allem die Geberländer profitieren davon.*
- *Die Länderreihenfolge bezüglich ihrer Finanzkraft bleibt auch nach LFA unverändert – eine Übernivellierung findet nicht statt.*

*Es ist wichtig, schon jetzt den Blick auf die Zeit nach dem Auslaufen des Solidarpaktes zu richten. Wir brauchen eine umfassende Bestandsaufnahme und Reform der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen:*

*Dazu gehört neben dem LFA auch die dramatische Finanzsituation der Kommunen, die Altschuldenproblematik, die Hochschulfinanzierung, der minimale Ausgleich von Hafentlasten und die Stadtstaatenproblematik.*

*Kein Bundesland legt es darauf an, Nehmerland zu sein. Bremen hat das zweithöchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Ländervergleich. Über unsere Häfen exportiert Deutschland in alle Welt, an unseren Hochschulen werden Studierende aller Bundesländer ausgebildet. Wir leisten viel für Deutschland – kein Grund, in Sack und Asche zu gehen!*



Karoline Linnert

Foto: Finanzressort Bremen

**Karoline Linnert**

➔ Karoline Linnert (Bündnis 90/ Die Grünen) ist Bürgermeisterin und Finanzsenatorin in Bremen. [www.finanzen.bremen.de](http://www.finanzen.bremen.de)